

## **Wahlprüfsteine Deutscher Beamtenbund und Tarifunion**

### **Bitte stellen Sie dar, weshalb eine Beschäftigte bzw. ein Beschäftigter im öffentlichen Dienst in Hessen ihre Partei wählen sollte.**

Wir als SPD setzen uns seit langem für gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst ein. Das Land Hessen ist dem Anspruch, ein vorbildlicher Arbeitgeber zu sein, seit 1999 immer weniger gerecht geworden. Gute Beschäftigungsbedingungen sind die Voraussetzung dafür, dass der öffentliche Dienst auch künftig seine guten Leistungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und unseres Landes erbringt. Dafür haben wir als SPD in dieser Legislaturperiode eine Vielzahl von Akzenten gesetzt. Sei es mit Initiativen für mehr demokratische Mitsprache und Mitwirkung der Beschäftigten, für flexiblere Arbeitszeiten, mit Vorschlägen zur besseren Nachwuchsgewinnung und Stellenmehrungen. Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften den öffentlichen Dienst zukunfts- und konkurrenzfähig machen.

### **Werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- für den Erhalt des Berufsbeamtentums nach dessen hergebrachten Grundsätzen uneingeschränkt ein- treten?**

Ja. Beamtinnen und Beamte erfüllen für den Staat wesentliche Aufgaben. Ihre Rolle ist von besonderer Bedeutung und daher nicht in Frage zu stellen.

### **In welchem Zeitraum werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- mit welchen konkreten Schritten für eine vollumfänglich verfassungskonforme Alimentation von Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfängern in Hessen sorgen?**

### **Werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- eine vollumfänglich verfassungskonforme Alimentation ganz maßgeblich über die Erhöhung des Grund- gehalts umsetzen?**

Die von der schwarzgrünen Landesregierung geschaffene verfassungswidrige Besoldung der Beamtinnen und Beamte wird durch den nun verabschiedeten Gesetzentwurf nicht beendet, die Rechtsgrundlagen entsprechen auch weiterhin nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen, auf die der VGH Kassel in seiner Entscheidung verweist. Die verfassungswidrige Besoldung der letzten Jahre wird von der Landesregierung auch weiterhin ignoriert, für die kommenden beiden Jahre findet mit

jeweils 3 Prozent die Inflationsentwicklung nicht ausreichend Berücksichtigung. Auch wir als SPD werden diese von der Landesregierung über Jahre herbeigeführte Ungerechtigkeit nicht in einem Haushaltsjahr korrigieren können. Eine zeitnahe Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Besoldung der hessischen Beamtinnen und Beamte wird aber priorisiert.

**Werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- die künftigen Tarifierhöhungen in Hessen zeitgleich und systemkonform auf die Beamtenbesoldung und -versorgung übertragen, um -ergänzend zu weiteren erforderlichen Gesetzgebungsverfahren- auch auf diese Weise eine verfassungskonforme Alimentation zu erreichen?**

JA. Für die Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamte setzen wir uns seit Jahren wiederkehrend ein. Dies wollen wir auch in Regierungsverantwortung tun.

**Bis wann werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger für die Jahre der verfassungswidrigen Unteralimentation rückwirkend entschädigen?**

**Werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- wie bislang vom BVerfG entschieden die Kläger und diejenigen rückwirkend entschädigen, die ihre Ansprüche geltend gemacht haben, oder alle Beamten und Versorgungsempfänger?**

Siehe Antwort 3.

**Werden Sie sich -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- für den Fortbestand des Krankenversicherungssystems von gesetzlicher und privater Krankenversicherung einsetzen und werden Sie Beamte und Versorgungsempfänger weiterhin über die Beihilfe absichern?**

Wir wollen in Hessen die Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte einführen.

**Werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- durch eine konkurrenzfähige Vergütung, die die Inflation nicht nur ausgleicht, sondern einen Kaufkraftzuwachs bedeutet, der hessischen Tarifbeschäftigten in den kommenden Einkommensrunden sicherstellen, dass das Land Hessen als Arbeitgeber den Wettbewerb um Arbeits- und Fachkräfte erfolgreich bestehen kann?**

Wir wollen, dass der öffentliche Dienst konkurrenzfähig bleibt. Eine faire und angemessene Entlohnung der Tarifbeschäftigten unterstützen wir.

**Werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- die Entgeltordnung zeitnah überarbeiten?**

Änderungen der Entgeltordnung gilt es in der nächsten Legislaturperiode zu prüfen.

**Werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- regelmäßig Gespräche zur Tarifpflege terminieren?**

Ja. Ein enger Austausch mit den Gewerkschaften auch in dieser Frage ist uns wichtig.

**Mit welchen konkreten Maßnahmen (bspw. Teilzeitmodelle, Altersteilzeit) werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege weiter ausbauen?**

Wir wollen Teilzeit ermöglichen und ausbauen, auch, um die Vereinbarkeit von Familie Beruf und Pflege zu verbessern. Dies haben wir in dieser Legislaturperiode mit einem Gesetzentwurf deutlich gemacht. Weitergehende Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir prüfen.

**Werden Sie die Wochenarbeitszeit für Arbeitnehmer und Beamte reduzieren, zunächst auf 39 Stunden, mit einem Abstand nach unten für Schichtdienstleistende?**

Wir wollen die Verkürzung der Arbeitszeit für Schichtdienstleistende in einem Stufenplan umsetzen.

**Werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- konsequent weitere erforderliche Maßnahmen aus unserem Bekämpfungskonzept umsetzen?**

Immer mehr Einsatz- und Rettungskräfte werden im täglichen Einsatz behindert, beleidigt oder angegriffen. Das ist aus unserer Sicht ein nicht hinnehmbarer Zustand. Neben einer konsequenten Strafverfolgung bedarf es weiterer vielfältiger Maßnahmen und Ansätze (auch präventiver Art), um diesen Aggressionen und Gewaltakten schnell und konsequent entgegenzusteuern. Das Bekämpfungskonzept des dbb enthält aus unserer Sicht viele wichtige Ansätze.

**Werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- die Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten in der Landesverwaltung ausbauen und verlässliche Übernahme-perspektiven schaffen?**

Wir brauchen in Hessen gute Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten. Wir wollen unseren Auszubildenden Perspektiven in Hessen schaffen. Dafür bedarf es passgenaue Ausbildungs- und Studienplätze. Dafür setzen wir uns ein.

**Wie wollen Sie –im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung– die Digitalisierung im öffentlichen Dienst in Hessen voranbringen und zugleich die Risiken (Datenschutz, Personal, etc.) geringhalten?**

Insbesondere im Bereich der Digitalisierung gibt es deutlichen Nachbesserungsbedarf. Dies betrifft nicht nur den Bereich Polizei/Kriminalitätsbekämpfung, sondern den öffentlichen Dienst in Gänze. Durch die Digitalisierung des Arbeitsplatzes bieten sich zudem neue Chancen der effizienten Aufgabenerledigung der Ausgestaltung. Diese wollen wir als SPD nutzen. Bei der Ausweitung digitaler Möglichkeiten muss der Datenschutz immer mitberücksichtigt werden. Zudem müssen die Beschäftigten bei Veränderungen mitgenommen werden.

**Welche Maßnahmen wollen Sie initiieren, um die Kompetenzen der Beschäftigten zu stärken und ebenfalls die an sie gestellten erhöhten Anforderungen zu berücksichtigen?**

Wir wollen Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen, auch um Überforderung zu vermeiden. Außerdem wollen wir beispielsweise im Bereich der Polizei neue Stellen schaffen und die Digitalisierung vorantreiben.

**Welche konkreten Maßnahmen werden Sie -im Falle einer künftigen Regierungsverantwortung- zur Erhaltung der Bereitschaft zur Ausübung ehrenamtlicher Gewerkschafts- und Personalratsarbeit ergreifen?**

Wir als SPD wollen die Mitbestimmungsrechte stärken. Denn bessere Möglichkeiten tatsächlich Einfluss nehmen zu können stärken das Interesse an Gewerkschafts- und Personalarbeit. Wir wollen eine tatsächliche Novelle des Personalvertretungsgesetzes, um dies umzusetzen.